Steyler Missionar wird neuer Leiter von Adveniat. Das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat erhält zum 1. März 2017 einen neuen Hauptgeschäftsführer. Michael Heinz (54), zurzeit Provinzial der Steyler Missionare in Bolivien, wird dann auf Bernd Klaschka (69) folgen, der seit 2004 an der Spitze des Hilfswerks mit Sitz in Essen steht. Das teilte Adveniat und die Deutsche Bischofskonferenz mit.

Christian Hartl wird neuer Leiter von Renovabis. Christian Hartl (52) wird neuer Hauptgeschäftsführer des Osteuropahilfswerks Renovabis. Das teilte die Deutsche Bischofskonferenz mit. Der Augsburger Diözesanpriester war lange in der Priesterausbildung tätig und tritt sein Amt in der Freisinger Renovabis-Zentrale am 1. Oktober an. Hartl löst Jesuitenpater Stefan Dartmann (59) an der Spitze von Renovabis ab, der seit Sommer 2015 Rektor des Priesterseminars Germanicum et Hungaricum in Rom ist.

Papst: EU braucht eine Neugründung. Die Europäische Union braucht nach Ansicht von Papst Franziskus eine Neugründung. Er denke dabei an die Gründungsväter in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, sagte der Papst auf dem Flug von Mexiko nach Rom. Leider gebe es heute keine Leitfiguren mehr, wie damals Konrad Adenauer und Robert Schuman. Europa habe eine ganz besondere Kraft, Kultur und Geschichte, die man nicht aufs Spiel setzen dürfe, betonte der Papst mit Blick auf die Euro- und die Flüchtlingskrise. „Wir müssen alles tun, was möglich ist, um der EU die Kraft und die Inspiration zu geben, wieder voranzukommen."

Klare Worte von Franziskus. Der Papst sagte auf dem Rückflug von Mexiko nach Rom zu Fällen sexuellen Missbrauchs: „Ein Bischof, der einen Priester in eine andere Pfarrei versetzt, wenn ein sexueller Missbrauch an Minderjährigen entdeckt wird, ist einer, der keine Ahnung hat, und das Beste, was er tun kann, ist, seinen Rücktritt einzureichen."

Vatikan und Italien gedenken der Lateranverträge von 1929. Vertreter des Vatikan und Italiens würdigten am Dienstag die Unterzeichnung der Lateran-Verträge vor 87 Jahren. Dazu trafen Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und Ministerpräsident Matteo Renzi mit ihren Delegationen in der italienischen Botschaft beim Heiligen Stuhl zusammen.

Bistum Essen gibt zehn Kitas aus Kostengründen auf

ESSEN. Aus finanziellen Gründen gibt das Bistum Essen 10 seiner 270 Kitas auf. Der Betrieb solle in den kommenden zehn Jahren ohne betriebsbedingte Kündigungen auslaufen, wie der KiTa Zweckverband am Montagabend in Essen ankündigte. Auch wenn die Landesmittel zum 1. August erhöht werden, reichten die Mittel zur Kostendeckung nicht aus, so die Begründung.

Der Eigenanteil der katholischen Kindergärten im Ruhrbistum beläuft sich laut Zweckverband offiziell auf 12 und tatsächlich auf 16 Prozent. Bei anderen freien Trägern liege der Eigenanteil dagegen nur bei 9 oder 4 Prozent. Oft gäben Kommunen Zuschüsse, sodass der Trägeranteil auf 1 Prozent sinke. Nur einige Städte im Ruhrgebiet erhöhten ihren Zuschuss für die kirchlichen Kitas, was aber nicht flächendeckend geschehe.

Nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhalten die freien Träger pro Kind eine Pauschale, die von Land und Kommunen je zur Hälfte finanziert wird. Um Kostensteigerungen aufzufangen, erhöhte sie sich bislang jeweils jährlich um 1,5 Prozent. Kirchen und Wohlfahrtsverbände kritisierten, dass etwa Zusatzkosten beim Personal damit nicht gedeckt werden könnten, und warnten vor Schließungen ihrer Kitas. Ab August soll die Kindpauschale um 3 Prozent steigen. KNA

Asylsuchende sind zuerst Menschen

Erzbischof Schick: Christlichen Flüchtlingen den Rücken stärken

BONN. Die katholische Kirche in Deutschland will sich künftig verstärkt um christliche Flüchtlinge kümmern. „Wir waren für die Situation der Christen in den Erstaufnahmeeinrichtungen nicht aufmerksam genug", sagte der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick am Samstag. „Inzwischen sind wir es." Den Gläubigen solle im Prozess der Asyl-Anerkennung und bei der Integration der Rücken gestärkt werden, ergänzte Schick, der die Weltkirche-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz leitet. „Da haben wir eine besondere Verpflichtung." Die Flüchtlinge müssten alles erhalten, was sie für Leib und Seele bräuchten.

Erzbischof Ludwig Schick. (Foto: KNA)

Es dürfe nicht sein, dass Asylsuchende in Deutschland erneut „um ihres Glaubens willen leiden", betonte der Erzbischof mit Blick auf religiöse Konflikte in Aufnahmeeinrichtungen. Dies betreffe aber nicht nur die Christen, sondern auch andere Religionen. Die Kirche müsse den Menschen helfen, ihren Glauben leben und frei bezeugen zu können, erläuterte Schick. Es gebe Ausgrenzung und auch Übergriffe, teils durch Muslime. „Aber das ist nicht der Normalfall." Er selbst habe im Bamberger Aufnahme- und Rückführungszentrum (ARE) viele Menschen getroffen, die christliche Kreuze trugen.

Zur Kritik katholischer Würdenträger aus Syrien und dem Irak an der EU-Politik der offenen Grenzen sagte Schick, dies sei kein Widerspruch zur Haltung der deutschen Bischöfe. „Wir sagen: Wir locken niemanden an, aber wir müssen offen sein", so der Bamberger Erzbischof. „Wir dürfen nicht einfach Grenzen schließen, weil das gegen die Menschenrechte wäre." Beide Sichtweisen hätten ihre Berechtigung. Der Patriarch von Bagdad, Louis Raphael I. Sako, und der Bischof von Aleppo, Antoine Audo, hatten tags zuvor vor einer fortgesetzten christlichen Abwanderung aus ihren Ländern gewarnt. Dabei griffen sie die Politik von EU und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an.

„Es muss alles dafür getan werden, dass jeder heimkehren kann, sofern das möglich ist", unterstrich Schick. Der Westen müsse alles tun, um die Fluchtursachen zu beseitigen: „Krieg, Hunger, Menschenrechtsverletzungen." Der Erzbischof rief dazu auf, Asylsuchende zuerst als Menschen zu betrachten, nicht als Gefahr oder Bedrohung. „Wer Flüchtlinge nur als Belastung sieht, sieht sie nicht mit den Augen Gottes."

Der Theologe verwies auf die jüngst von der Deutschen Bischofskonferenz beschlossenen „Leitsätze des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge". Darin heißt es, das bisherige Engagement für Asylsuchende solle fortgesetzt und ausgeweitet werden. Christen setzten sich „mit Entschiedenheit für die Anliegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden ein". Die Kirche habe aber zugleich „immer auch das Wohl der gesamten Gesellschaft und insbesondere die Bedürfnisse der benachteiligten Menschen in unserem Land im Blick". KNA